

Konversion von Tegel 2
Öffentliches Forum der LINKEN

„Keine Bühne für Nazis“ 3
Demo gegen NPD-Parteitag

Am 26. April mit „NEIN“ stimmen Ethikunterricht erhalten - für alle Schüler!

Liebe Reinickendorferinnen und Reinickendorfer,

am 26. April 2009 findet ein Volksentscheid statt.

Menschen suchen nach geistiger Orientierung. Für Viele ist es der Glaube, der ihnen Hoffnung und Sinn gibt. Andere gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Es lässt sich verstehen, dass Eltern und Großeltern den starken Wunsch haben, dass ihre Kinder und Enkel in ihrem Glauben nicht nur erzogen, sondern auch kompetent unterrichtet werden.

Das ist in allen deutschen Bundesländern seit Langem Realität. Auch in Berlin wird Religionsunterricht an staatlichen Schulen angeboten, und zwar für die Kinder, die es selbst oder deren Eltern das wollen. Die Religionslehrerinnen und -lehrer werden aus Steuermitteln vom Staat bezahlt. So will es das Gesetz und so wird es auch bleiben.

Seit einigen Jahren lernen die Berliner Kinder zusätzlich im Unterrichtsfach Ethik gemeinsam ab der 7. Klasse Werte kennen und respektieren. Sie werden in allen großen Religionen, Philosophien und zu moralischen Grundwerten unterrichtet. In einer Stadt wie der unseren mit hunderten verschiedenen Glaubensrichtungen, Herkünften, Kulturen und Traditionen und mit einem Teil der Bevölkerung ohne religiöses Bekenntnis ist ein solcher gemeinsamer Unterricht zu Recht schulische Pflicht.

Ethik sollte darum als Pflichtfach für *alle* Schülerinnen und Schüler erhalten bleiben.

Genau das, liebe Reinickendorferinnen und Reinickendorfer, ist aber von denen, die „Pro Reli“ auf ihre Plakate schreiben, nicht gewollt. Das beunruhigt uns sehr. Wenn Religionsunterricht, den jede zugelassene Religionsgemeinschaft bereits heute in Schulen anbieten kann, zum *Wahlpflichtfach* wird, dann müssen sich die Kinder und ihre Eltern entscheiden: *entweder* werden die Kinder in „ihrer“ Religion unterrichtet *oder* sie gehen zum Ethikunterricht. Mit „Wahlfreiheit“ hat das wenig zu tun. Es geht darum, dass einige Berliner erzwingen wollen, dass Kinder nur *getrennt* von den anderen die Werte *ihrer* Religions- und Glaubensgemeinschaft in staatlichen Schulen unterrichtet bekommen und nicht mehr die Grundwerte unserer Gesellschaft gemeinsam erlernen und diskutieren.

Ein muslimisches Kind z. B. soll nur noch muslimischen und ein katholisches nur noch katholischen Religionsunterricht haben. Sie sollen nicht mehr gemeinsam mit allen anderen Kindern in Toleranz zu ande-



ren Religionen im Fach Ethik unterrichtet werden. Das finden wir falsch, den Kindern gegenüber nicht fair und zum Nachteil der Zukunft unserer Stadt. Deshalb bitten wir Sie: *Gehen Sie zum Volksentscheid*, stimmen Sie mit „*Nein*“ und erhalten Sie dadurch nicht nur den Religionsunterricht wie seit Jahrzehnten, sondern auch den zusätzlichen wichtigen gemeinsamen Ethikunterricht für all unsere Kinder.

Gregor Gysi und Felix Lederle

Die Autoren sind Kandidaten der LINKEN Berlin in den Bezirken Treptow-Köpenick (Gregor Gysi) und Reinickendorf (Felix Lederle)



Konversion von Tegel

Klimagerechtes Leben und Wirtschaften

Es herrschte weitgehende Übereinstimmung beim Öffentlichen Forum der LINKEN Reinickendorf zur Nachnutzung des Flughafengeländes Tegel am 16. März im Roten Laden.

Stefan Liebich, LINKE, MdA, skizzierte, was diese will und nicht will. Keinen Reserveflugplatz bzw. militärische Nutzung, keine Konsumtempel, Messe- und Kongresszentren oder Olympia-Planung, keine Neubauten ohne Nachhaltigkeit und Forschung, keine konkurrierende Gewerbeansiedlung.

Stattdessen Konzepte für Forschungsprojekte zu Erneuerbaren Energien und nachhaltiger Fahrzeugtechnik, ein Schulungs-, Bildungs- und Tagungszentrum „Soziale und ökologische Nachhaltigkeit Berlins“. Teilweise Renaturierung. Der Erhalt der Kleingärten soll garantiert und die Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Anwohner muss durch deren frühe Einbeziehung gewährleistet sein.

Sascha Braun, SPD, BVV-Fraktionsvorsitzender, favorisierte eine Drittel-Nutzung (Natur, Gewerbe, Wohnen) des Geländes und plädierte für eine enge Abstimmung mit der Tempelhof-Planung, den Erhalt des Terminals und die Einbeziehung der Menschen. Allerdings müssten Sanierungskosten und unklare Kontaminationen in ihrer Gesamtheit vor einer Entwicklung geklärt werden.

NABU-Vorstandmitglied **Jürgen Stork** hielt vieles für machbar, solange die Belange des Natur- und Umweltschutzes bzw. der Ausbau der Naturschutzgebiete umfänglich berücksichtigt werden. Er wies auf die in dem Bereich große Artenvielfalt in Flora und Fauna hin. Dem widersprach niemand.

Gerhard Maierhöfer von der BI gegen das Luftkreuz äußerte Bedenken, dass Umweltbelange wieder hinter wirtschaftliche Interessen zurückbleiben könnten. Er schlug vor, die Tegel-Planung mit einem nachhaltigen Berliner Energiemix-Konzept zu verbinden. *J. Schimrock*

BVV-Splitter

28. Sitzung, 11.3.2009

Zu Beginn gedachten Bezirksamt, BVV und Gäste, unter ihnen viele „Männer in Grün“ von der Polizeidirektion 1, der Opfer des Amoklaufes von Winnenden.

Die BVV bestätigte einstimmig einen von allen Fraktionen gezeichneten **Aufruf gegen den NPD-Parteitag in Reinickendorf**.

Einwohnerfrage: Wolfgang Klinker interessierte sich dafür, warum der Bezirk bzw. der Steuerzahler die Kosten der Klingelanlage vor der Brücke Klemkestraße tragen müsse, nur weil die privaten Speditionsfirmen aus Profitgründen ihre LKW nicht mit den erforderlichen Navigationsgeräten ausstatten.

Die **Mündliche Anfragen** betreffen u. a. den Straßenzustand am Ludolfinger Platz, den „Franzosenbahnhof“ in Tegel, die Cité Foch und die Ausstellung „Mathematik zum Anfassen“ im Fontane-Haus.

Von der SPD mit der Großen Anfrage **„Ansturm auf den „Berlinpass“ völlig überraschend?“** (Drs.-Nr.: 0753/XVIII) herausgefordert, gelang es Stadtrat Ruschin (CDU) nicht, seine organisatorische Hilflosigkeit zu kaschieren. Zugleich zeigte sein Versuch, den „Berlinpass“ als „Flitzidee des Senats“ zu diskreditieren, der den Menschen einreden wolle, was gut für sie sei, seinen „völlig unideologischen“ politischen Standort (vgl. Kommentar in „WiR“ 03/2009).

Fröhliche Urständ feierte die Zählgemeinschaft CDU/FDP, als es um die **Verwendung des Gewinns des Haushaltsjahres 2007** (Drs.-Nr.: 0738/XVIII) ging. Der SPD-Antrag, mit dem eingesparten Geld Projekte anzuregen und zu fördern, die präventiv in der Jugendsozialarbeit wirken (Straßensozialarbeit, Alkoholsuchtprävention), wurde mit CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt. Stattdessen wurde der Jugendstadtrat aufgefordert, der BVV ausführliche Konzeptionen und Kostenvorschläge zur Begutachtung und Beschlussfassung vorzulegen. Anke Petters (B90) sah darin einen Eingriff in die gesetzlich festgelegten Vorrechte des Jugendhilfeausschusses. Übereinstimmung bestand darin, Finanzmittel für die energetische Sanierung des Rathauses, für die Einrichtung zusätzlicher Schulstationen und für straßenbauliche Erhaltung von Nebenstraßen einzusetzen. *Friedrich Wilhelm*

BVV bieten wolle. Ich könne ja am Runden Tisch des BA teilnehmen, um dann dort meine Frage beantwortet zu bekommen. Ich zog also meine Frage zurück. Wenige Tage später kam die Einladung zum Runden Tisch. Dort vernahm ich, man wolle sich weiter zum Thema austauschen, Lösungen für den Bezirk finden und Ideen zur Prävention diskutieren. Von Vertraulichkeit war nie die Rede. Es gab auch nichts, was ich hätte „ausplaudern“ können.

In „WiR 09/2008“ habe ich mich für die Einladung zum Runden Tisch bedankt und die Meinung geäußert, dass im Bezirk zu wenig gegen den Rechtsextremismus getan wird - und ich fände es effektiver, eine zentrale Registerstelle einzurichten, die rassistische, antisemitische und rechtsextreme Vorfälle im Bezirk sammelt, registriert und ggf. wissenschaftlich aufbereitet. Wörtlich: „Das wäre ein richtiger und wichtiger Schritt.“

Offenbar hat der CDU das nicht gefallen. Schade, dass die Grauen die Argumente von Frau Wanjura nachplappern. Ich finde: Die Ereignisse um den NPD-Parteitag zwingen uns, die Augen offen zu halten.

Robert Irmscher

Klartext

Die CDU mag wohl unsere Fragen nicht?!

Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der BVV, Schultze-Berndt, hat in der 28. BVV-Sitzung behauptet, ich hätte Interna aus einer Beratung des „Runden Tisch gegen Gewalt“ des Bezirksamtes (BA), zu der ich als Vertreter der Reinickendorfer LINKEN eingeladen war, ausgeplaudert.

Herr Schultze-Berndt war bei der Beratung gar nicht dabei. Deshalb für ihn einige Informationen - gewissermaßen zur „Nachhilfe“:

Mein besonderes Anliegen ist die Bekämpfung von rechtsextremen Tendenzen im Bezirk. Zur 20. Sitzung der BVV im Juni 2008 hatte ich die Bürgerfrage gestellt, ob dem BA die vermehrt aufgetretenen NPD-Aufkleber im Bereich Tegel und Waidmannsluster Damm bekannt seien und was das BA denn dagegen tue. Nach der Tagung des Ältestenrates rief Frau Wanjuras Büro in der Bezirksgeschäftsstelle der LINKEN an und bat um Rückruf. Im Gespräch mit Frau Wanjura legte diese mir nahe, die Frage nicht zu stellen, da man der NPD kein Forum in der

Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/



Reinickendorf empfing die Neonazis, die Anfang April unseren Bezirk erneut als Tagungsort des NPD-Parteitag heimsuchten, mit massivem Protest. Dem Aufruf zahlreicher Verbände, Bündnisse, Kirchengemeinden, aller Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses und der BVV Reinickendorf folgend, demonstrierten 1.200 Bürger vor dem Rathaus gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Zu den RednerInnen der Kundgebung gehörten u. a. die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, DGB-Chef Michael Sommer, die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, der stellv. Bürgermeister von Reinickendorf Peter Senftleben.

Petra Pau (LINKE) erklärte in ihrer Rede: „Rechtsextremismus ist hierzulande längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben. Und das darf niemand hinnehmen.“ Die NPD sei für sie „eine verfassungsfeindliche Rotte“. Die Verbotshindernisse müssen beseitigt, die V-Leute endlich abgeschaltet werden.

Als Mitglied des **Berliner Ratschlages für Demokratie** verlas sie die **„Berliner Verpflichtung“**:

„Du bist anders als ich. Ich respektiere dich. Ich bin anders als du. Respektiere mich. Wer andere Menschen wegen Aussehen, Hautfarbe, Sprache, Herkunft, Religion, Kleidung oder Lebensweise herabsetzt oder ausgrenzt, trifft auf unseren Widerstand.“

Wir zeigen Gesicht. Für Konflikte gibt es keine einfachen Lösungs-

muster. Wer Freund-Feind-Denken überwinden will, darf keinen simplen Parolen folgen. Wir lassen uns nicht provozieren. Wir verhalten uns solidarisch. Wer andere Menschen mit Worten, Gebärden oder Fäusten angreift, zeigt Schwäche. Wir sehen nicht tatenlos zu.

Berlin ist unsere Stadt: In der Schule und am Arbeitsplatz, auf der Straße oder im Stadion, in der Nachbarschaft, im Kiez und in öffentlichen Verkehrsmitteln, in öffentlichen Gebäuden oder in der Disko. Wir teilen die gleichen Räume und lassen sie nicht beschädigen. Wir bleiben offen für das Unbekannte und nehmen aufeinander Rücksicht. Wir verpflichten uns zu gegenseitigem Respekt.“



Gesicht gezeigt

Samstag, 4. April, kurz vor 9 Uhr. Der Platz am S- und U-Bahnhof Wittenau füllt sich. Die sich da treffen, wollen Gesicht zeigen gegen die Neonazis, die im Rathaus Reinickendorf ihren Parteitag abhalten dürfen.

Ich sehe viele bekannte Gesichter. Marion und Martin kommen mit dem Fahrrad. Rolf nimmt mir eine Fahne ab, Beate und Mischa auch. Felix Lederle, unser Wahlkreiskandidat, ist auch dabei. Und die Landesebene. Carsten Schatz erzählt Neues aus dem Bündnis. Klaus Lederer winkt herüber. Delia Hinz, Liebrams schließen sich uns an. Kalle, Fritz und andere von der VVN-BdA lassen es sich nicht nehmen; sie haben aktiv im Bündnis mitgewirkt. Die SPD hat viele Fahnen mitgebracht. Vier Graue reihen sich ein. Selbst CDU-Fraktionschef Schultze-Berndt mit einer Fahne – ganz locker ohne Schlips. Frau Petters auch mit Fahrrad. Die Jüngeren vom „Runden Tisch gegen Rechts“ mit klugen Plakaten. David hat sich für uns dort engagiert.

Die Polizei stoppt den Verkehr. Der Demo-Zug setzt sich in Bewegung. Gut, dass viele gekommen sind. Es hätten noch viel mehr sein müssen.

Klaus Gloede

Fotos: *Marion Lubina und Wolfgang Klinke*



www.berlinerrat-schlag fuer-demokratie.de

Der Berliner Ratschlag für Demokratie wurde im Januar 2008 als breit angelegtes zivilgesellschaftliches Bündnis gegründet. Sportler, Gewerkschafter, Händler, Unternehmer, Künstler, Arbeitslose, Politiker, Journalisten werben mit Kampagnen für Demokratie, Anerkennung und Respekt.



www.npd-verbot-jetzt.de

www.vvn-bda.de

Ausstellung und Assoziationen

„totgeschwiegen“ ...

Nämlich: unter den Teppich gekehrt, weggelogen, vergessen gemacht, bagatellisiert... Das kennt man.

„totgeschwiegen“ ist nicht der komplette Titel der Ausstellung; er wird ergänzt: 1933 – 1945. Die Geschichte der Wittenauer Heilstätten. Und ihr Inhalt ist die Umkehrung: mitgeteilt und dokumentiert wird gerade, was nicht totgeschwiegen werden darf. Eine Konsequenz also, und, behält man alle Umstände im Auge: eine mutige Konsequenz.

Die seit 1988 existente Ausstellung wurde restauriert, auf neuesten Stand gebracht und zu Beginn des Jahres wieder eröffnet. Mit Recht befand Staatssekretär Benjamin Hoff (Die LINKE) bei dieser Gelegenheit: „Viele Gedanken der Erb- und Rassenkunde waren bereits vor 1933 gedacht...“ und nennt: Sterilisation, „rassen-hygienische Überlegungen“, Vernichtungsprogramme. Vorhandene Konzepte für die „Ausmerzung von Minderwertigen“ wurden von den Nazis umgesetzt...

Zeitgenössische Kritiker fehlen

Der Bezug auf bereits vor 1933 vorhandene, menschenverachtende „gesundheits“politische Ideologie ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Die ganze verlangt mindestens die Erwähnung von Streitschriften gegen ärztliche Unmenschlichkeit. Ich erinnere an Dr. Max Hodann, bis 1933 Stadtarzt in Reinickendorf (siehe WIR 3/07!); wie auch an den Schularzt Dr. Georg Benjamin aus

dem Nachbarbezirk Wedding. Sie haben „Theorien“ von „lebensunwertem Leben“, das vernichtet werden muss, zurückgewiesen, ebenso solche von den „Rentenschmarotzern auf Kosten der Allgemeinheit“, als zynisch entlarvten sie den Vorwurf der „Versorgung von Schwerkranken, Geisteskranken, Krebskranken und Tuberkulösen“, die den Staat gewaltige Summen kosten würde, „zinslos angelegtes Kapital“ sei.

Bundesverdienstkreuz für Täter

In den Jahren 1933 –1945 wucherte auf den vorgefundenen „Theorien“ organisierte faschistische Praxis. Auch in Reinickendorf: Zwangssterilisationen, Euthanasie, Kinder als Opfer „medizinischer“ Versuche, Tötung behinderter Kinder und „lebensunwerten Lebens“ in Gaskammern. Zwischen 1939 und 1945 „starb“ etwa jeder dritte „Patient“. Und dann auf einer der Tafeln dieser Satz: Balluf, der die Morde in Wittenau mit zu verantworten hat, erhielt im Jahre 1968 zu seinem 75. Geburtstag das Bundesverdienstkreuz.

Zufall ist nur, dass ich am selben Tag, nach Hause zurück gekehrt von der Ausstellung, in meiner Zeitung finde: „... zum Schluss ließen sie ihn in die Kante der Parkbank beißen und traten ihm auf den Hinterkopf. S. überlebte die Torturen nicht“. Der andere, vor Gericht verhandelte Fall: „In einem Abrisshaus setzten sie die Quälerei fort und urinieren auf ihr Opfer, bevor sie es in der eisigen Kälte zurückließen.“ Auf die Frage nach dem Warum antwortete einer der Täter: „Er hat es nicht anders verdient.“ Quo vadis, Deutschland? - Ich bitte sehr dringlich, über Zusammenhänge nachzudenken.

Text und Foto: Werner Wüste

Am Rande

Augen zu und durch!

So lautet das Motto der Grauen für die Bekämpfung des Neofaschismus. Diesen Eindruck kann oder muss man gewinnen, wenn man sich die Antwort der Grauen in der Reinickendorfer BVV auf meine Bürgerfrage zum „Runden Tisch gegen Gewalt“ zu Gemüte führt: Mit solchen Bürgerfragen gäben wir den Rechtsextremisten eine Bühne und machten für sie Werbung.

Liebe Graue, Sie haben Recht. Auch andere Probleme bekämpft man durch Wegschauen - leider:

Die Auswirkungen des Klimawandels werden bekämpft, indem sie in der Öffentlichkeit ignoriert, die Gefahren heruntergespielt werden und über Lösungsansätze nur in vertraulichen Sitzungen erörtert wird.

Das Problem häuslicher Gewalt wird dadurch gelöst, dass es in den Medien weitgehend totgeschwiegen wird. Die Menschen, die dieses Problem in der Verwandtschaft, bei Freunden und Bekannten wahrnehmen, sollen es ignorieren und nicht couragiert eingreifen.

Ebenso wird natürlich Drogenmissbrauch verringert, indem nicht in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird. Drogentote verhindert man am Besten, indem nicht in Medien und öffentlichen Einrichtungen über Gründe und Symptome für Drogenmissbrauch und Hilfsmöglichkeiten informiert wird.

Es scheint, liebe Graue, das Vogel-Strauß-Prinzip ist euer Ansatz für die Lösung der Probleme und Missstände der heutigen Zeit. Ich meine: Ein falsches. Die Verantwortung für gesellschaftliche Probleme ist eine zutiefst demokratische, eine öffentliche - erst recht wenn es um menschenverachtende Ideologien und damit zusammenhängende Gewalt geht.

Michael Rohr

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Termine

26. April, „Volksentscheid ProReli“
Hingehen und mit NEIN stimmen!
Mehr Infos natürlich im Internet:
www.gemeinsam-ist-besser.de und
www.die-linke-berlin.de/pro_ethik

1. Mai-Demonstration, „Arbeit für alle bei fairem Lohn“, Start: am DGB-Haus um 10.00 Uhr, Keithstraße 1-3 (U-Bf. Wittenbergplatz), Ziel: Brandenburger Tor, ca. 11.30 Uhr.
Mehr Infos: www.erstermai.dgb.de

Ausstellung
„totgeschwiegen“,
Vivantes GmbH,
ehemalige Karl-
Bonhoeffer-
Nervenklinik, an
gleichnamigen U-
und S-Bahnhö-
fen, Mo. bis Fr.,
10.00 bis 13.00
Uhr, Haus 10

Mehr Infos:
www.totgeschwiegen.org

Impressum

Herausgegeben
vom
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE.,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

Wir in
Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00,
Kontonummer:
4384 816812.